



HESSISCHER LANDTAG

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP

Betr.: Länderfinanzausgleich

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag bekräftigt seine Auffassung, dass der Länderfinanzausgleich in seiner derzeitigen Ausgestaltung intransparent, leistungsfeindlich, zu wenig anreizorientiert und verfassungsrechtlich bedenklich ist. Er unterstreicht, dass aus hessischer Sicht eine Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs unumgänglich ist. Der Hessische Landtag betont dabei die gemeinsame Verantwortung aller Bundesländer, sich für einen fairen und die wirtschaftliche Eigenentwicklung der einzelnen Länder stärkenden Ausgleichsmechanismus einzusetzen.
2. Der Hessische Landtag unterstützt die Bemühungen der Landesregierungen in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen schnellstmöglich auf dem Verhandlungswege eine solche Veränderung des Länderfinanzausgleichs herbeizuführen. Er begrüßt dabei den konstruktiven Vorschlag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus, auf der Grundlage der Freiwilligkeit im Konsens unter den Ländern ein interessengerechtes Ergebnis zu erreichen.
3. Der Hessische Landtag missbilligt die Äußerungen einzelner Ministerpräsidenten aus Nehmerländern, die sich von vorneherein einem solchen Prozess verweigern.
4. Der Hessische Landtag erwartet, dass die Landesregierung, die Gespräche über eine Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs mit den anderen Ländern intensiviert und, sofern eine Ernsthaftigkeit der Nehmerländer nicht erkennbar ist, beendet.
5. Der Hessische Landtag erwartet von der Hessischen Landesregierung, dass sie im Falle des Scheiterns der Gespräche mit den Nehmerländern über eine einvernehmliche Änderung des bestehenden Länderfinanzausgleichs Klage beim Bundesverfassungsgericht vorbereitet. Er sieht sich dabei bei aller gebotenen Solidarität zu den anderen Bundesländern vorrangig den Interessen der Menschen in Hessen verpflichtet. Hessen kann nicht länger akzeptieren, dass die Wirtschaftskraft, die aus dem Fleiß, der Tatkraft, der Innovations- und Leistungsfähigkeit der Menschen in unserem Bundesland resultiert, Jahr für Jahr aufgrund

eines ungerechten Ausgleichssystems in nicht unerheblichem Maße abgeschöpft wird und sich die Nehmerländer Wohltaten leisten, die in Hessen nicht leistbar sind.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 14. Dezember 2010

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende

Dr. Christean Wagner (Lahntal)

Florian Rentsch